

Klimaziele sollen in die Verfassung

Die Stimmberechtigten der Stadt befinden am 27. September über einen Nachtrag zur Gemeindeordnung. Was trocken klingt, ist wichtig.

Daniel Wirth

Das Coronavirus hat weltweit manches lahmgelegt. Vieles musste abgesagt oder verschoben werden. Doch eines hat sich in diesem Jahr unaufhaltsam fortgesetzt: der Klimawandel. Der Klimaschutz ist in diesem Jahr wegen der Pandemie in der politischen Agenda unweigerlich etwas nach hinten gerückt. Und weil am 27. September in der Stadt St. Gallen neben den spannenden Wahlen in den Stadtrat und ins Stadtparlament im dritten Anlauf über die Neugestaltung von Marktplatz und Bohl und obendrein über fünf eidgenössische Vorlagen abgestimmt wird, droht ein wichtiges Geschäft in Vergessenheit zu geraten: die Aufnahme eines Artikels zum Klimaschutz und zum Klimawandel in der Gemeindeordnung. Das Geschäft scheint unbestritten, es wird deutliche Zustimmung erwartet.



Abstimmung
27. September
Klimaartikel

Mit einem Ja könnten die Stimmberechtigten ihren Willen zum Ausdruck bringen, beim Klimaschutz ernst zu machen, sagt Stadtrat Peter Jans, Vizepräsident der Direktion Technische Betriebe. Stadtrat und Stadtparlament erhielten von den Stimmberechtigten den verbindlichen Auftrag, das Ziel zu verfolgen, die Stadt bis 2050 klimaneutral zu machen und eine Null-Tonnen-CO₂-Gesellschaft herbeizuführen. Mit einem Ja zum Klimaartikel würde zwar keine Tonne Kohlendioxid weniger in die Luft gelassen, aber es würde eine Klammer gesetzt über eine Vielzahl von bereits umgesetzten und in die Wege geleiteten Massnahmen für den Klimaschutz und gegen den Klimawandel. Oder wie es Peter Jans formuliert: «Ein deutliches Ja gäbe unseren Anstrengungen zusätzlichen Schub.»

Fernwärme, Elektrifizierung, Fotovoltaik, Begrünungen

Urheber des Klimaartikels sind die beiden Stadtparlamentarier Jürg Brunner (SVP) und Clemens Müller (Grüne) mit ihrer Motion «Folgen des Klimawandels – jetzt handeln!». Als diese im Mai vergangenen Jahres im Stadtparlament behandelt wurde, ging es auch um das Ausrufen des Klimanotstands. Davon sah das Parlament hauchdünn ab. Der Aufnahme des Klimaartikels stimmte es indessen im November 2019 mit grosser Deutlichkeit zu: mit 57 Ja- bei einer Nein-Stimme, null Enthaltungen, vier Abwesenheiten und einer Vakanz. Sowohl Brunner als auch Müller sagen, es sei nicht so, dass in St. Gallen nichts laufe beim Klimaschutz. «Aber es dürfte mehr sein», sagt SVP-Mann Brunner. Und der Grüne Müller sagt: «Bei einem Ja des Stimmvolks zum Klimaartikel erhalten der Stadtrat und das Stadtparlament die Legitimation, den eingeschlagenen Weg schneller und konsequenter zu gehen.»

In der Tat hat die Stadt für den Klimaschutz schon einiges unternommen – und bei Volksabstimmungen ohne Ausnahme sehr viel Zuspruch der Stimmberechtigten erhalten. Als Beispiel sei die Fernwärme genannt: Seit den 1980er-Jahren gab es drei kommunale Abstimmungen, alle wurden haushoch angenommen, letztmals der zweite Ausbauschritt für 65 Millionen Franken mit einem Anteil Ja-Stimmen von knapp 86 Prozent. Oder die Erneuerung der Busflotte für die Linien 3,4 und 6. 2018 hatten Stadtrat und Stadtparlament den Stimmberechtigten einen



Fotovoltaik-Anlage auf einer Olma-Halle: Auf Sonnenenergie setzt der Stadtrat seit Jahren und in Zukunft noch viel stärker.

Bild: Benjamin Manser (22. Mai 2013)



Batterietrolleybus auf Testfahrt an der Fürstenlandstrasse. 17 Kompositionen werden bis Ende Jahr geliefert.

Bild: Verkehrsbetriebe St. Gallen (11. Oktober 2019)



Begrünte Fassade am Bürogebäude der Technischen Betriebe: Die Stadt will ein gutes Beispiel abgeben.

Bild: Daniel Wirth

Kredit über gut 35 Millionen Franken für Anschaffung von 17 Batterietrolleybusse an Stelle der heutigen Dieselbusse beantragt. Die Stimmberechtigten nickten diese Beschaffung mit einem Anteil von 78 Prozent Ja-Stimmen ab.

Weitere Anstrengungen sind in der Planung

Politische Vorstösse für Massnahmen gegen den Klimawandel oder zur Förderung erneuerbarer Energien bei der Mobilität harren ihrer Behandlung. Eine Volksabstimmung über Klimaschutz- und Klimawandel steht unmittelbar zwar nicht an, wie Jans sagt. Was aber nicht heisse, dass in der Planung nichts geschehe. Er nennt die Förderung von Fotovoltaikanlagen, den weiteren Ausbau des Fernwärmenetzes mit einem Altholzheizkraftwerk, den Ausbau des Netzes von Ladestationen für Elektrofahrzeuge oder die Anschaffung weiterer Elektrotrolleybusse für die Linien 7 und 8 als Beispiele.

Das alles kostet Geld – in Zeiten, in denen dieses nicht zuletzt wegen der Coronapandemie fehlt. Clemens Müller sagt in diesem Zusammenhang, Klimaschutz sei nicht «nice to have», sondern beim Ja zum Klimaartikel werde es eine Verbindlichkeit.

Kommentar

Jetzt muss die St. Galler Klimajugend an die Urne

Stadtrat und Stadtparlament werden für eine Legislatur von vier Jahren gewählt. Der Marktplatz und der Bohl sollen für die nächsten Dekaden neu gestaltet und saniert werden. Die Aufnahme eines Artikels zum Klimaschutz und zum Klimawandel in der Gemeindeordnung geht die nächsten Generationen an. Aus diesem Grund ist die gänzlich unumstrittene Vorlage von grosser Wichtigkeit, auch wenn ihr Titel «Nachtrag VII zur Gemeindeordnung» trocken und unsexy ist.

Die Stadt verfolgt das Ziel, bis zum Jahr 2050 klimaneutral zu werden. Das ist ambitioniert, denn das heisst nichts anderes als eine Null-Tonnen-CO₂-Gesellschaft. St. Gallen ist eine der ersten grossen Städte der Schweiz, die ihre hehren Klimaziele quasi in der Verfassung festschreibt. Wegen des Klimaartikels alleine wird keine einzige Ölheizung aus einem Keller in einem St. Galler Haus geris-

sen, seinetwegen alleine wird auch keine einzige Fotovoltaikanlage auf das Dach eines St. Galler Hauses montiert, und wegen des Artikels alleine wird kein einziges Auto mit Verbrennungsmotor durch ein Elektrofahrzeug ersetzt, und seinetwegen wird kein einziger Baum gepflanzt in der Stadt. Aber: Mit einem deutlichen Ja am 27. September nehmen die Stimmberechtigten Stadtrat und Stadtparlament in einem stärkeren Mass als heute die Pflicht, genau dies zu tun.

Mit einem deutlichen Ja geben die Stimmberechtigten dem Stadtrat die Legitimation, auch in finanziell schwierigen Zeiten den Klimaschutz prioritär zu behandeln. Mit einem deutlichen Ja erinnern sie das Stadtparlament daran, Klimaschutzvorlagen wohlwollend zu behandeln und nicht der Kosten wegen zu versenken. Ein deutliches Ja zum Klimaartikel ist ein Bekenntnis für eine nachhaltige

Klimapolitik. Und diese wird nicht an einem Weltklimagipfel oder in Bundesbern gemacht, dort wird geredet, sondern auf den unteren Ebenen, in den Städten und in den Gemeinden.

Das Coronavirus hat Demonstrationen und Streiks in diesem Jahr schier verunmöglicht. Doch wir erinnern uns noch gut an 2019 und an die Klimastreiks der Jugend. Als sie an einer Parlamentssitzung im Waaghaus den Klimanotstand proklamiert haben wollte. Jetzt sind die Jungen aufgefordert, an die Urne zu gehen und wuchtig Ja zu stimmen. Die Politik muss dem Klimaartikel Taten folgen lassen.



Daniel Wirth
daniel.wirth@tagblatt.ch